

**Rede Karin Kulow – Kundgebung: „Frieden im Nahen Osten“ 28. Oktober 2023 –
Washingtonplatz Berlin**

**Für ein sofortiges Ende des Blutvergießens und das ernsthafte Ringen um eine tragfähige
Lösung der Palästina-Frage**

Angesichts des fortgesetzten Tötens und immer weiterer Zerstörungen müssen die Stimmen aller friedliebenden Menschen um so lauter werden und den Regierenden ins Stammbuch schreiben: Krieg ist kein vernünftiges Mittel der Politik, sondern nur deren Armutszeugnis. Denn Blut ist hier – wie anderswo auch – auf Dauer nicht mit Blut zu rächen.

Natürlich ist das blindwütige Vorgehen von Hamas-Kämpfern am 7. Oktober insbesondere gegenüber Frauen, Kindern, Älteren und jungen unbeteiligten Menschen in israelischen Ortschaften in Grenznähe zum Gaza-Streifen zu verurteilen. Aber ebenso auch, wenn Israel – ermuntert durch die erklärte uneingeschränkte Solidarität des Westens – für sich das Recht ableitet, die über zwei Millionen Bewohner des Gaza-Streifens dafür in Haftung zu nehmen sowie deren Lebensgrundlagen endgültig zu zerstören. Im Völkerrecht existiert kein Recht auf Rache. Deshalb kann es ein solches Recht auch nicht im Gaza-Streifen geben.

Wenn sich Vertreter unserer Regierung, einschließlich des Kanzlers und der Außenministerin, wie ebenso anderer westlicher Staaten – ohne kritische Distanz - hinter Israels Regierung stellen, so machen sie sich mitschuldig an einer Vergeltungsaktion, die schon jetzt mehr als verheerend ist. Die inzwischen von der deutschen Außenministerin vorgenommene Einschränkung, Israels Recht auf Selbstverteidigung nur in dem Rahmen gelten lassen zu wollen, den das Völkerrecht für solche Ausnahmesituationen vorgebe, ist nur dann glaubhaft, wenn sie an die Forderung nach einem Ende der Bombardements, nach einem Verzicht auf die angekündigte Bodenoffensive und vor allem aber auch mit der nach einer tragfähigen Lösung der Palästina-Frage verbunden wird.

Nicht umsonst hat der jordanische König auf dem am 21. Oktober in Kairo stattgefundenen „Gipfel für Frieden“ darauf verwiesen, dass sich mit einem derartig einseitigen Herangehen des Westens zugleich die eindeutige Botschaft an die arabische Welt vermittelt: Nämlich, dass im westlichen Verständnis das Leben von Palästinenserinnen und Palästinensern weniger zählt als das der Israelis und folglich Menschenrechte nicht für alle in gleicher Weise zu gelten hätten.

Gerade in dieser zugespitzten Situation, die die Gefahr eines regionalen Flächenbrandes mit verheerenden Auswirkungen weltweit in sich birgt, stellt sich um so mehr die Frage nach den Ursachen und Hintergründen. Eben, weil es doch darum gehen soll, eine Zukunft des Friedens und der Sicherheit sowohl für Israelis als auch für Palästinenser zu ermöglichen. Ob man es nun wahrhaben will oder nicht. An einer dauerhaften Befriedung der Lage im Nahen Osten führt kein Weg vorbei.

Als die wichtigste Lehre dieses fürchterlichen Krieges erweist sich: Die Lösung der Palästina-Frage ist unerlässliche Voraussetzung auch für die dauerhafte Sicherheit Israels. Der gegenwärtige Status Quo im israelisch-palästinensischen Verhältnis ist zum Schaden beider Seiten. Das Bestreben Israels, seine Interessen auf Kosten der Palästina-Frage durchzusetzen, widerspricht dem Völkerrecht und steht einer politischen Lösung des Konflikts im Wege.

So kann es doch nicht nur darum gehen, die Unantastbarkeit des Existenzrechts Israels zu bekräftigen ohne auch das Existenzrecht Palästinas anzuerkennen und durchzusetzen. Das in der UN-Charta verbrieftete Recht auf Selbstbestimmung gilt selbstverständlich uneingeschränkt auch für das palästinensische Volk. Das ergibt sich zwingend aus der Resolution 181 der UN-Vollversammlung aus dem Jahre 1947. Der zufolge das ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina auf zwei Staaten aufzuteilen ist - einen arabischen und einen jüdischen Staat. Während der jüdische Staat Israel seit 1948 besteht; wird das Existenzrecht Palästinas nicht nur systematisch unterlaufen, sondern mehr denn je ganz unverblümt bestritten. So präsentierte der israelische Ministerpräsident Netanyahu auf der diesjährigen UN-Vollversammlung eine Landkarte des Nahen Ostens auf der Palästina an der Seite Israels keinen Platz hat. Auch Mitglieder seiner Regierung, wie Smotrich und Ben-Gvir, erheben einen gleichartigen Anspruch, indem sie das völkerrechtlich für den Staat Palästina vorgesehene Territorium als seit biblischen Zeiten zu Israel zugehörig betrachten.

Die vom UN-Generalsekretär Guterres getroffene Feststellung, wonach der Krieg in Gaza nicht in einem Vakuum stattfindet, ist Ausdruck der Verantwortung, die die UNO entsprechend ihrem Grundsatzbeschluss für die Lösung der Palästinafrage wahrnimmt. So ist seitens der UNO bereits 2017 die von Israel 2007 gegenüber dem Gaza-Streifen verhängte Blockade als eindeutig völkerrechtswidrig eingestuft worden, da viele damit im Zusammenhang stehende Maßnahmen einer kollektiven Bestrafung gleichkommen und eine schwerwiegende Missachtung der Menschenrechtskonvention darstellen, indem der Bevölkerung in Gaza jegliche Bewegungsfreiheit genommen und grundlegende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vorenthalten werden.

Für die Palästinenserinnen und Palästinenser ist es eine Frage von Recht und Gerechtigkeit, dass ihre legitimen Interessen gleichfalls Berücksichtigung finden. Dass dem Völkerrecht entsprochen und nicht länger akzeptiert wird, dass Israel sein, seit mittlerweile 56 Jahren bestehendes Okkupationsregime unter Verletzung des Völkerrechts - vor allem mittels seiner Siedlungs- wie Annexionspolitik – weiter aufrechterhält und damit die von der UNO begründete Zwei-Staaten-Lösung verhindert.

Auch westliche Politik muss anerkennen, dass die Lösung der Palästina-Frage auf die internationale politische Agenda gehört und dass ein Waffenstillstand im Gaza-Streifen ein Gebot der Stunde ist, um eine weitere gefährliche Eskalation zu verhindern.

Mit unserem Protest reißen wir uns ein in die weltweite, bereits Millionen Menschen umfassende Bewegung für eine Abkehr von der Gewalt hin zu einer tragfähigen politischen Lösung des Konflikts.

Keine Doppelstandards bei Völkerrecht und Menschenrechten!

Wer Frieden und Sicherheit will, der kann nicht einseitig Partei ergreifen, da Frieden und Sicherheit auf Dauer nur miteinander zu gewährleisten sind!

Krieg und Zerstörung legen nur die Saat für noch größeren Hass und Gewalt!